

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Helmer, Jahrbuch, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—M.

Nummer 24

Düsseldorf, den 18. Juni 1932

Verbandort Krefeld

„Kurswechsel“ -?

Man mag politisch zur neuen Reichsregierung stehen wie man will; selbst wenn man sich der äußersten Zurückhaltung befleißigt, kann man an der Feststellung nicht vorbeigehen, daß ihre veröffentlichte Regierungserklärung von positiven Plänen und Zielen recht wenig — um nicht zu sagen gar nichts — enthält. Was dieses „Regierungsprogramm“ befragt, hat nichts, aber auch nichts Programmatisches in sich, sondern ähnelt eher einem polemischen Zeitungsartikel aus irgend einem Oppositionsblatt und erschöpft sich neben nichtsagenden Redensarten in einer erschreckend engsichtigen Kritik.

Man kann natürlich aus der Gesamtwürdigung dieser Verlautbarungen der neuen Regierung eine gewisse Willenserklärung schlussfolgern. Das, was dabei allerdings an sichtbarem Ergebnis zutage kommt, berechtigt zu wenig guten Erwartungen und muß insbesondere die Arbeiterschaft zu ernststen Besorgnissen veranlassen.

Zunächst muß man sich die Frage vorlegen, wie überhaupt die neue Regierung die „Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsbehaltenden Kräfte“, die sie mit dem Begriff „national“ indentifiziert, aufstellt. Wir haben schon in der vorigen Nummer unserer Zeitung darauf hingewiesen, daß gerade jene Mehrheit des deutschen Volkes, die Herr Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl ihre Stimme gab, und durch ihr staatspolitisches Verhalten bewies, daß sie wahrhaft national im besten Sinne dieses viel und oft mißbrauchten Wortes ist, durch den Regierungswechsel praktisch politisch beiseite geschoben worden ist. Die neue Regierungserklärung ist nicht geeignet, diese zum mindesten reichlich unglückliche Aktion jenes bitteren Belegschmacks zu entkleiden; Art und Ton dieser Erklärung tragen eher dazu bei, jenen Eindruck zu bekräftigen, daß der „neue Kurs“, den die deutsche Politik geführt werden soll, sich gegen jene in der Tat wahrhaft nationalen Volkskreise richten soll, um einer Politik der nationalen Abwärts-Konzeptionen zu machen. Wohin ein solcher politischer Kurswechsel führen müßte, kann nicht zweifelhaft sein: er bedeutet ein erneutes Aufreißen politischer Feindschaften und damit verfrachtete politische Uneinigkeit und Zerrissenheit. Daß unserm Volke in der gegenwärtigen Notzeit damit ein doppelt schlechter Dienst erwiesen wird, braucht kaum betont zu werden. Man kann diese bedauerliche Auswirkung des erfolgten Kabinettswechsels im Interesse unseres Gesamtvolkes nur bedauern.

Nach diesen allgemeinen Voraussetzungen zum Programm der neuen Regierung folgendes:

Die Ausführungen, die die neue Regierung zunächst über ihre außenpolitischen Ziele macht, sind so allgemein und unverbindlich, daß man aus ihnen kaum mehr als Selbstverständlichkeiten — von der alten Regierung längst erkannt und berücksichtigt — erkennen kann, wobei man mit Befremden feststellen muß, daß diese Regierungserklärung trotz ihrer phrasologischen Betonung des „Nationalen“ bedauerlicherweise es nicht für nötig erachtet, das ausdrückliche „Nein“ der Regierung Brüning zur Reparationsfrage zu wiederholen und zu unterstreichen. Es hat den Anschein, als ob selbst diese fundamentale Notwendigkeit über dem Bemühen, mit der Regierungserklärung im Kur-Allgemeinen zu bleiben, veräußert wurde.

Nicht anders ist es mit den ebenso reichlich unverbindlichen wie nichtsagenden wirtschaftspolitischen Wünschen und Zielsehungen. Will man aber aus der Kritik der Regierungserklärung an den bisherigen Maßnahmen der notwendigen Verwaltungs- und Finanzreform programmatische Zusagen lesen, so wird man mit Recht abwarten müssen, wie die Taten — nach denen ja die neue Regierung nach eigenem Wunsch fordert beurteilt zu werden — aussehen werden. Ihre angekündigte erste Tat: Der Erlaß jener letzten, noch vom Kabinetts Brüning vorbereiteten Notverordnungen, ebenso wie der Hinweis der Regierungserklärung auf die weltpolitische und weltwirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands zeigen freilich in eindringlicher Weise schon im voraus, daß auch die neue Regierung gemollt oder ungewollt sich gewissen Zwangsläufigkeiten unterwerfen wird und daraus die Konsequenzen ihres Handelns wird ziehen müssen.

Die entscheidende Frage ist nur die, wie sie das tun will. Zweck der Regierungsumbildung überhaupt soll doch ein „Kurswechsel“ sein. Was aber soll dieser Kurswechsel innerpolitisch, insbesondere sozialpolitisch bringen?

Wir verhehlen nicht, daß die Ausführungen, die das neue Regierungsprogramm in dieser Hinsicht macht, uns außerordentlich bedenklich stimmen. Ist schon der Vorwurf, den die neue Regierung dem Kabinetts Brüning macht: es sei in der notwendigen „Anpassung“ unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation über schwache Ansätze nicht hinausgekommen“, außerordentlich bedenklich, so werden unsere Bedenken noch erhöht, wenn wir die weiteren diesbezüglichen Erklärungen der neuen Regierung uns vor Augen halten: „Sie (die Reichsregierung) haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“ — Das soll doch wohl und kann auch nach der Art der Regierungserklärung nichts anderes heißen, als daß die sozialen Leistungen des Staates — insbesondere die Unterstützung für Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung — zu hoch seien.

Textilarbeiter, schließt die Reihen!

Gegen Scharfmachertum und Reaktion!

Verbandsauschuß und Hauptvorstand unseres Verbandes haben am 4. und 5. Juni auf der gemeinsamen Reichskonferenz in Düsseldorf zur gegenwärtigen politischen Lage folgende Entschliebung angenommen:

Ziel des politischen Ringens der christlich-nationalen Gewerkschaften in der Nachkriegszeit war: außenpolitisch die Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands wieder herzustellen und untragbare Tributlasten abzuschütteln, innenpolitisch den Staat zu einem wahrhaft christlich-sozialen Volksstaat in gleichberechtigter und gleichverpflichtender Gemeinschaftsarbeit aller Volksgenossen auszubauen.

Das Streben nach gleichberechtigter Eingliederung der Arbeiterschaft fand schärfsten Widerstand jener sozialreaktionärer Kreise, die Preußen-Deutschland in der Vorkriegszeit beherrschten: Junker, Großagrare, Großindustrielle und Militärs in Verbindung mit einer gleichgesinnten Bürokratie.

Sie wollen jetzt die alte Entrechtung des schaffenden Volkes im Staats- und Wirtschaftsleben wieder herbeiführen, wollen die Arbeiter zum Päckchen untragbarer Lasten machen, wollen den Opfern einer Wirtschaftskrise nie gekannten Ausmaßes und unerhörter Schärfe ausreichende Hilfe des Staates versagen.

In der neuen Reichsregierung sehen wir die ausgeprägten Vertreter dieser alten Herrschaftsmächte. Ihr Programm ist

eine Kampfansage an die Arbeiterschaft.

Die Ausführungen über „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie“, „Staatssozialismus“ und „Staat als Wohlfahrtsanstalt“ sind Beweis dafür.

Wacht die Arbeiter, sondern in erster Linie Landwirte, Kleinrentner, Handwerker und hochbezahlte Beamte waren bisher Nutznießer des „Staatssozialismus“ durch Zölle, Subventionen, Stützungs- und Steuerpolitik. Dem schaffenden Volke wurden für diese Wohlfahrts-politik ungeheure Opfer in Form überspannter Preise und Steuern sowie durch Lohnkürzungen auferlegt. In einem christlichen Staat ist es dagegen erste heiligste nationale Pflicht, für unverdientet Hilfsbedürftige zu sorgen. Für einen solchen „Staatssozialismus“ hat bereits Bismarck bei Einführung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung gekämpft.

Die Regierung Brüning stürzte durch die Intrigen einer einflussreichen Clique, weil sie es ablehnte, das parlamentarische Regierungssystem und damit das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Gesetzgebung zu beseitigen, das staatliche Schlichtungswesen und das Tarifrecht aufzuheben, die Arbeitslosenversicherung abzu-

schaffen und die gesamte Sozialversicherung sowie den Arbeiterschutz bis auf unzulängliche Reste abzubauen.

Die Textilarbeiterschaft hat ganz besonders unter der langandauernden und sich fortsetzenden verschärfenden Krise unerträglich zu leiden. Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und fortgesetzten Lohndruck ist das Einkommen für viele auf ein Vegetationsminimum gesunken. Trotzdem wollen die organisierten Arbeitgeber die Löhne immer weiter abbauen. Insbesondere sollen die Arbeiterinnenlöhne auf einen nie gekannten Tiefstand gedrückt werden. Zur Erreichung dieses Zieles wurden zuletzt Entscheidungen der staatlichen Schlichtungsstellen in Westfalen und Württemberg arbeitgeberseitig verhindert.

Ziel ist die Beseitigung jeglicher tarifvertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dann wird ein rücksichtsloser Konkurrenzkampf der deutschen Textilunternehmer auf Kosten niedriger Arbeiterlöhne zur Verelendung der Arbeiterschaft und deren Familien, zum Absinken der Leistungsfähigkeit und damit zur Schädigung insbesondere der hochqualifizierten Industriezweige führen. Das Ausland wird einem solchen Lohndumping durch schärfste Einfuhrbeschränkungen zu begegnen suchen. Die Abfahrtsmöglichkeit auf dem Inlands- wie auf dem Auslandsmarkt wird so noch weiter geschwächt, die Arbeitslosigkeit gesteigert, die verelendete Arbeiterschaft dem Radikalismus in die Arme getrieben.

Wir nehmen den uns angesagten Kampf auf.

Wir verteidigen Rechte, Freiheiten und ausreichenden Schutz der Arbeiterschaft auf allen Gebieten. Wir haben die Klassenkampfbüchse der Linken stets abgelehnt. Dem Klassenkampf werden wir nicht die Arbeiterschaft mit lebensschädlichem Freiheits- und Aufstiegswillen in geschlossener Einheitsfront begegnen.

Wir rufen insbesondere die gesamte Textilarbeiterschaft auf, sich in diese Kampffront einzugliedern. Nur durch schlagkräftige gewerkschaftliche Organisationen ist es möglich, jenen reaktionären Bestrebungen erfolgreich zu begegnen.

An einer einzigen organisierten Arbeiterschaft werden alle Pläne der Arbeiterfeinde zu scheitern. Sorgen wir deshalb vor allem für die Stärkung unseres Verbandes. Textilarbeiter, schließt die Reihen!

Auf zum entschlossenen Abwehrkampf gegen das Scharfmachertum sowie gegen die Steigbügelhalter der politischen und sozialen Reaktion.

Der Verbandsauschuß. Der Hauptvorstand.

Wie die neue Regierung allerdings denkt, die 6 Millionen Arbeitslosen und die minderverdienenden Kurzarbeiter mit ihren Angehörigen anders über die Krise hinwegzubringen, das sagt sie nicht. Will sie ihnen Arbeit beschaffen — und wie? Vergessen wir nicht, daß nicht zuletzt an der Durchführung ihres großzügigen Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungsprogramms die alte Regierung gescheitert ist. — Oder will sie nur die „überhöhten Leistungen“ der Arbeitslosen für die „gestürzte“ alte Regierung weis in einer Gegenerklärung darauf hin, daß sie durch die wiederholten Droffellungen nicht zuletzt dieser sozialen Aufwendungen in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden um mehr als 6 Milliarden Mark vermindert hat. Glaubt die neue Regierung in diesem Abbau der Sozialleistungen noch weiter gehen zu können? Will sie die schulden um ihre Ersparnis gebrachten Millionen Menschen, deren Lebenshaltung längst unter jeder angemessenen Kultur-grenze liegt, hilflos dem nackten Elend überantworten? — Alles das sind Fragen, die sich uns beim Lesen der neuen Regierungserklärung mit ernster Deutlichkeit aufdrängen. Die neue Regierung gibt darauf keine Antwort.

Die sozusagen „grundsätzlichen“ Ausführungen, die die Reichsregierung darüber hinaus in ihrer Erklärung macht und die gegebenenfalls geeignet wären, eine gewisse Orientierung auch für die angeschnittenen Fragen aufzuzeigen, sind leider mehr als allgemeiner Art. Die Feststellung, daß eine Regierung sich ihrer Verantwortung vor Gott und der Nation bewußt ist, ist unseres Erachtens eine bloße Selbstverständlichkeit. Auch die Versicherung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen“ besagt kaum mehr. Man könnte höchstens im Hinblick auf die angeschnittenen Fragen wünschen, daß dabei auch der Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der arbeitlosen Bevölkerung ausdrücklicher betont worden wäre. Was aber darüber hinaus die Reichsregierung wie-

derum von der „moralischen Zermürbung“ des deutschen Volkes durch „Klassenkampf“ und „Kulturvolksheimismus“ und über die Zurücksetzung des öffentlichen Lebens durch atheistisch marxistisches Denken sagt, ist reichlich platt und ebenso sehr polemisch. Sie hätte sich besser dieses flachen und unberechtigten Angriffs gegen die bisherige Regierung und gegen die christlichen Kräfte des Staates enthalten. Innerpolitische Konsequenzen ergeben sich jedenfalls aus diesen Ausführungen kaum. Noch weniger Konsequenzen auf sozialpolitischem Gebiete. So bleibt die Befürchtung bestehen, daß die neue Reichsregierung nur zu leicht geneigt sein könnte, die sozialen Belange, insbesondere der unteren Volksschichten, zu ignorieren und sich in das Schleudern sozialreaktionärer Strömungen nehmen zu lassen.

Diese Befürchtung wird bestärkt durch die Tatsache, an die wir immer wieder erinnern müssen: daß diese Regierung das Ergebnis eines Intrigenspiels ist, welches von den Gegnern der bisherigen sozialen Politik in Deutschland bestimmt worden ist. Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, was das für sie bedeutet. Sie wird damit rechnen müssen, in der Zukunft weit mehr als bisher in der Wahrung ihrer sozialen Belange nur auf sich selbst gestellt zu sein. Der Gedanke und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Selbsthilfe wird dadurch erneut in den Vordergrund gerückt. Wenn Staat und Regierung, so wie wir angesichts der letzten politischen Entwicklung befürchten müssen, nicht mehr bereit sind, wie bisher ihre schützende Hand über den schwächeren Teil im Wirtschaftsleben, die Arbeitnehmererschaft, zu halten, dann kann dieselbe ihre Existenz und ihre sozialen Belange nur wahren durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe. Daraus ergeben sich für uns die Aufgaben der kommenden Wochen und Monate. Mit allen Mitteln und unter Einsetzung unserer ganzen Persönlichkeit einer gewerkschaftlichen Geschlossenheit der Arbeiterschaft zu dienen, ist unsere Pflicht. Nur so kann die Arbeitnehmerschaft verhindern, daß der politische Kurswechsel auch ein Kurswechsel in sozialreaktionärem Sinne, ein Kurswechsel zu ihrem Schaden ist.

Gegen jede Klassenherrschaft!

Bernhard Otte über die neue Regierung.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, macht im „Deutschen“ zur Regierungserklärung des Kabinetts von Papen folgende abschließliche Ausführungen: Die Schriftleitung.

Die Erklärung der neuen Reichsregierung ist, soweit bestimmte Teile derselben in Betracht kommen, von einer Grundhaltung getragen, die ausgesprochen antisozial und fortschrittsfeindlich ist. Es besteht für die Arbeitnehmer alle Veranlassung, nicht nur äußerst wachsam zu sein, sondern auch alle Kräfte zu entschlossener Abwehr zu sammeln. Wenn nicht alles täuscht, stehen wir vor schweren inneren Kämpfen.

Jeder um das Schicksal der Nation besorgte Deutsche kann nur mit größter Sorge der weiteren Zukunft entgegensehen. Durch eine unverantwortliche Wühlarbeit, die mit unethischen und demagogischen Mitteln die Not des Volkes für partei- und interessenpolitische Ziele ausnützte, ist nach und nach ein Zustand geschaffen worden, der die Gegensätze auf das äußerste verschärft hat. Kreise, die glauben, allein Anspruch auf richtige nationale Gesinnung machen zu können, bezichtigen andere als antisozial, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit werden nicht in erster Linie als Folge des verlorenen Krieges und der Weltwirtschaftskrise, sondern als Folge überspannter Gewerkschafts- und Sozialpolitik sowie „marxistischer“ Regierungsmethoden bezeichnet. Die Beseitigung des Kabinetts Brüning ist das Ergebnis dieser systematisch betriebenen, innerlich un-mehreren gemeinschaftsfeindlichen und unsozialen Stimmungsmache.

Die christlichen Gewerkschaften wissen, daß schwere Opfer notwendig sind, um die außenpolitische Freiheit und innerwirtschaftliche Gesundung zu erreichen. Sie haben sich auch gegen unvermeidliche Opfer nie gewehrt. Gerade aus dem Willen heraus, die außenpolitische Freiheit zu gewinnen, haben vor allem die arbeitenden Schichten in den letzten Jahren die schwersten Opfer auf sich genommen. Solche Opfer sind schließlich auch nur tragbar, wenn sie um höherer Ziele willen und aus der Überzeugung gebracht werden, daß eine gerechte Verteilung auf alle Volksschichten erfolgt. Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß durch die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Sturz der Regierung Brüning und durch die Erklärung des neuen Kabinetts nicht nur viel Vertrauen in weiteren Kreisen erschüttert wurde, sondern auch die Aussichten auf eine Beseitigung drückender außenpolitischer Belastungen stark beeinträchtigt sind. Auch die ungemöhnlich einseitige, von Klassenmäßige Zusammensetzung der Regierung von Papen läßt jede Rücksichtnahme auf die breiten Massen vermessen.

Aus der Verlautbarung der Regierung von Papen muß die Schlussfolgerung gezogen werden, daß sie Gegner des staatlichen Schutzes und der gesellschaftlichen Fürsorge für die erwerbstätigen und am meisten hilfsbedürftigen und schwachen Volksschichten ist. Eine Politik der Arbeitnehmerschuld regiert über die elementarsten gemeinschaftsverpflichtenden Grundzüge des Christentums und der sozialen Gerechtigkeit; sie müßte ebenfalls die jenseitigen Voraussetzungen, die für die Gewinnung gesunder Lebensgrundlagen im Volke erforderlich sind, zerstören. Eine Herrschaft des Klassenkampfes von oben würde von geradezu verheerender Wirkung für unser Volk sein und im letzten Grunde dem Volkswissen zugute kommen.

Angeichts dieser Lage ist der Weg für die christlichen Gewerkschaften klar vorgezeichnet. Sie werden sich aus wirklich nationalen und christlichen Gründen jeder einseitigen Klassenherrschaft, jeder Entrechtung der werktätigen Bevölkerung und allen sozialen Ungerechtigkeiten mit Nachdruck widersetzen. Der Weg zur Gesundung, zur Freiheit nach außen und nach innen kann nur gewonnen werden, wenn Gerechtigkeit und soziale Gesinnung die Grundlagen der Politik bleiben.

„Staatssozialismus“ - ?

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materielle Sorge dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. In diesem Vorwurf, den das neue Kabinett mit seinem Programm den bisherigen Regierungen macht, liegen außerordentlich weittragende Konsequenzen. Wir unterziehen an anderer Stelle die Frage, inwieweit in übertriebener Weise in den vergangenen Jahren der Staat den Arbeitnehmern ihre Sorgen abgenommen hat. Wir kommen dabei allerdings nicht an der Feststellung vorbei, in wie starkem Maße andererseits die Lebenshaltung der breiten Massen der Arbeitnehmerschaft durch soziale „Lasten“, durch Steuern und Verteuerung der Lebenshaltung, durch die staatliche Zoll- und Subventionspolitik belastet worden ist.

In diesem Zusammenhang aber erscheint notwendig, darauf hinzuweisen, welches die Konsequenz aus dieser Einstellung der neuen Reichsregierung nach der anderen Seite hin sein müßte. Jener „Staatssozialismus“ ist ja nicht nur betrieben worden, um der Arbeitnehmerschaft Sorgen abzunehmen, sondern in vielfacher noch weit härterer Weise durch die Entlastung der Wirtschaft, wie man es immer so schön ausdrückt. All das, was in den letzten Jahren durch Subventionen der Industrie, durch Finanzierung und Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Anwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt wurde, war nichts anderes als Übernahme des wirtschaftlichen Risikos auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit. Nichts anderes ist auch die Zollpolitik, die zum Schutze der deutschen Industrie und Landwirtschaft in den letzten Jahren gemacht wurde. Vergessen wir doch nicht, daß diese Schutzpolitik immer wieder auf Kosten der Allgemeinheit, insbesondere auf Kosten der Arbeitnehmerschaft, durchgeführt wurde. Der Konsument zahlt mit seinem Preis den Schutzzoll, durch den man die billigeren ausländischen Ware rettet, und den erhöhten Preis der eigenen Industrie- und land-

An die christliche Arbeiterschaft!

Ein Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat zur Frage der Regierungsumbildung folgenden Aufruf erlassen:

Neht Wochen sind seit der Wahl des Reichspräsidenten vergangen. Neht Wochen seit dem Tage, an dem das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft in einer starken nationalen Begeisterung und in einer ebenso starken nationalen Opferbereitschaft sich um Hindenburg sammelten. Unter seiner Führung sollten die Grundlagen eines freien deutschen Volksstaates erhalten und ausgebaut werden.

Im Kampf um die innen- und außenpolitische Freiheit des Staates hatte sich Hindenburg für das Volk und den deutschen Volksstaat entschieden.

Seine Wahl bedeutete die Sammlung aller wahrhaft nationalen und staats-erhaltenden Kräfte, die nicht zuletzt in der nationalen Kraft der Arbeiterschaft wurzelt. Sie galt der Hoffnung für den Kampf, den der junge nationale und soziale Volksstaat nach innen und außen noch zu bestehen hat.

Die deutsche Arbeiterschaft hat trotz aller Opfer, die Wirtschafts- und Staatskrise ihr auferlegten, ihre beste Kraft in diesem Kampf eingesetzt. Ihre Hoffnung galt der Zukunft des Vaterlandes, die nicht zuletzt in der nationalen Kraft der Arbeiterschaft wurzelt. Sie galt der Hoffnung einer freien deutschen Arbeiterschaft in einem freiendeutschen Volksstaat.

Die Wiederwahl Hindenburgs hatte den seelischen Boden bereitet für die Sammlung aller nationalen Volkskräfte. Der Weg zu dieser Sammlung ist von unverantwortlichen Kräften jäh abgebrochen. Die nationale Arbeiterschaft erlebte eine schmerzliche Enttäuschung.

Was die arbeitserfeindlichen Mächte in offener Walschlacht nicht erreicht haben, ist ihnen nunmehr durch schrittweises Untergraben der sachlichen und persönlichen Grundlagen der Regierung Brüning gelungen. Ein Weg hoffnungsvoller Volks- und Staatsentwicklung ist abgebrochen worden.

Der Weg zu einem neuen „System“ ist beschriftet. Es ist der Weg zur Wiederentrichtung der deutschen Arbeiterschaft.

Der Sturz der Volksregierung Brüning und der vorbereitete Aufmarsch des Klassenkabinetts Schleicher-Papen ist der Versuch der Beseitigung aller Ansätze zum sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat ihren sozialen Kampf immer aus einem tiefen nationalen Verantwortungsbewußtsein gegenüber Staat und Gesamtvolk geführt. Sie hat Schmerzes und Schwerstes für Staat und Volk auf sich genommen, um den Weg aus der Krise zu verkürzen und den Freiheitskampf der Nation zu erleichtern.

Sie empfindet es als hohe auf ihre nationalen Willen und ihre nationale Tat, daß nach der wahrhaft nationalen Volksregierung Brüning eine Regierung der sogenannten „nationalen Konzentration“ auftritt, die sich aus Vertretern von Gruppen zusammensetzt, deren offensichtliche Ziele auf Zurückwerfung der Arbeiterschaft gehen. Sie sieht darin einen verderblichen Mißbrauch des Nationalen, dem sie schärfste Abwehr entgegen-

gegensetzt. Für die christliche Arbeiterschaft gibt es nur eine nationale Volkskonzentration, die aus dem gleichen Recht, der gleichen Pflicht und der gleichen Freiheit aller Schichten und Stände erwächst.

Was die neue Regierung eingeleitet hat, kann nur als eine „nationale“ Klassenkonzentration angesehen werden. An „nationaler“ Klassenherrschaft ist das alte Deutschland zusammengebrochen. Das neue Deutschland wird durch sie nicht gerettet werden.

Die Arbeitserfeindlichkeit der Regierung Schleicher-Papen tritt in ihrer Regierungserklärung klar und eindeutig zutage. Ihre sozialpolitische Haltung geht von der Schlagmordpolitik reaktionärer Kreise aus. Den sozialpolitischen Verpflichtungen, die Staat und Nation in der Not der Krise übernehmen mußten, wird Schwächung der moralischen Kräfte der Nation und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit vorgeworfen.

Diese Haltung wird für sie der Ausmaß zum Abbau der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, des Tarifs- und Schlichtungswesens sowie des sozialen Schutzes überhaupt.

Nicht zuletzt um ihres Widerstandes willen gegen diesen Abbau ist die Regierung Brüning-Stegerwald gestürzt worden. Von der Regierung Schleicher-Papen erwartet ihn die soziale Reaktion.

Der Weg der deutschen Arbeiterschaft durch die Staats- und Wirtschaftskrise war der schwerste, den je eine Arbeiterschaft gegangen. Sie ist diesen Weg mit bewunderungswürdiger moralischer Kraft, mit staatspolitischer Disziplin, mit ungeschwächtem Willen zur Selbsthilfe gegangen.

Die neue Regierung hat für die staatspolitische Haltung der Arbeiterschaft kein Verständnis. Sie stellt sich mit den Arbeitserfeindern in eine Linie. Damit steht die Arbeiterschaft vor neuem Kampf. Ihre Feinde drohen sich unter dem Schutze der Regierung zu sammeln. Der Deckmantel der nationalen Konzentration und der Rettung christlicher Kultur soll die Arbeitserfeindlichkeit verhüllen.

Der Kampf der christlich-nationalen Arbeiterschaft für christliche Kultur und nationale Freiheit ist so alt wie die christliche Arbeiterbewegung selbst.

Die christliche Arbeiterschaft sammelt sich für die kommende Auseinandersetzung im deutschen Volk noch geschlüssener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften verkündet wurde.

- Sie sammelt sich
- zum Kampf für christliche Kultur
- zum Kampf für nationale Freiheit
- zum Kampf für soziale Gerechtigkeit
- zum Kampf gegen alle Feinde dieser wahrhaft deutschen Volks- und Staatsidee.

Berlin, den 7. Juni 1932.
Der Vorstand des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

wirtschaftlichen Erzeugnisse. Der Konsument also ist der Leidtragende.

Wenn hier der neue Kurs, den die Regierung zu geben gewillt ist, eine Wendung bringt, dann kann die Arbeiterschaft nur zustimmen. Wir bezweifeln allerdings, ob diese Wendung erfolgen wird. Wir erinnern uns daran, daß gerade die Sanierung der östlichen Großgratier einer der Hauptziele des Regierungswechsels war. Wir erinnern uns auch daran, daß der neue Ernährungsminister einer der besten Interessensvertreter jener landwirtschaftlichen Kreise ist, denen der bisherige Hochpreiszoll für die deutsche Landwirtschaft noch immer ungenügend war. Wir wiederholen: Wir können jenem Abbau des Staatssozialismus auf wirtschaftlichem Gebiete nur zustimmen. Aber wir fürchten, wir geben uns hier falschen Hoffnungen hin.

Wohlfahrtsanstalt für wen?

Die neue Reichsregierung weist in ihrer programmatischen Erklärung mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß vornehmste Aufgabe der künftigen politischen Führung „Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation“ sei. Die bisherigen Regierungen haben den Staat nach ihrer Auffassung zu einer Art Wohlfahrtsanstalt gemacht. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch sei die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Man kann sich bei der Einstellung jener Kreise, die hinter der neuen Reichsregierung stehen, darüber nicht im unklaren sein, daß diese Ausführungen der Regierungserklärung sich auf die sogenannte „Überpannung“ der gegenwärtigen Sozialpolitik in Deutschland beziehen. Es bedeutet also bedeuten jene Ausführungen, daß ein erneuter Abbau der Lebenshaltung unseres Volkes, die noch Aufsicht der Regierung noch immer nicht der Armut unserer Nation entspricht, erfolgen soll. Auf die Arbeiterschaft bezogen müßten diese Ausführungen mehr als unverständlich an. Man kann mit Recht die Frage aufwerfen, ob jene Männer, die diese Auffassung vertreten, überhaupt eine Ahnung von dem sozialen Leben der deutschen Arbeiterschaft und insbesondere von dem Leben der Millionen Kurzarbeiter und Arbeitslosen haben. Wer weiß, wie es um jene Kreise der deutschen Arbeiterschaft bestellt ist, kann jedenfalls eine solche Sprache kaum führen.

bleibt noch die Möglichkeit, daß jene Ausführungen der Regierungserklärung auf die deutsche Arbeiterschaft und die unteren Volksschichten, sondern auf andere Kreise gemünzt sind. Wenn dem so ist, dann allerdings kann man der Regierungserklärung ein starkes

Aktivum zusprechen. Auch dann wird man freilich abwarten müssen, wie das praktische Handeln der Reichsregierung in dieser Hinsicht aussehen wird. Konsequenz einer solchen politischen Meinung wäre, daß zunächst einmal durch durchgreifende Regierungsmagnahmen, noch stärker als wie es durch die bisherige Regierung geschah, an die Kürzung der überhöhten Bezüge in der Privatindustrie, an die Kürzung überhöhter Gehälter bei den oberen Beamtengruppen und an die Kürzung der teilweise noch immer überhöhten Pensionen jener ehemaligen obersten Beamten und Militärs etc. geschritten wird. Hier kann man nur wünschen, daß die Reichsregierung sich die Anpassung an die Armut unserer Nation zur Aufgabe stellt. Sie wird dabei allerdings, wenn sie positiv sein will, kaum an der Notwendigkeit vorbeikommen, gegebenenfalls durch ein eigenes gutes Beispiel voranzugehen.



Ein Weg zur Volksgemeinschaft?

Systemänderung?

Am 30. Mai ist die Regierung Brüning zurückgetreten, und an ihre Stelle wurde die Regierung von Papen ernannt. Dieser Regierungswechsel bedeutet nicht nur einen Wechsel der Personen, sondern eine vollständige Veränderung des Systems. Diese Tatsache stellte zuerst die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei am Tage des Regierungsantritts der neuen Regierung fest. Die Hauptleistung dieser Partei ließ folgendes verlautbaren:

„Brüning ist fort. Er darf nicht wiederkehren. Die Stunde der nationalsozialistischen Partei ist da.“

Mit dieser Feststellung hat auch eine der entscheidendsten Stunden für die Arbeiterchaft geschlossen. Nimmere geht es wirklich um die Erhaltung der Lebensrechte, vor allem um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterchaft.

Die Regierung von Papen ist nicht das endgültige Ergebnis zur Systemänderung. Die Reaktionen erwarten von ihr, daß sie den Boden vorbereitet für die endgültige Machtübernahme der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in Deutschland, und mit dieser Tatsache haben wir uns auch als Gewerkschaften zu beschäftigen, ganz besonders aber die Betriebsräte unseres Verbandes. Es tritt die Frage in den Vordergrund, wie denn das Wirtschaftssystem nach der Machtübernahme der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei aussehen wird.

Zunächst soll eine vollständige Umformung der Gewerkschaften erfolgen. Etwa wie es der Reichstagsabgeordnete Bürger „Im Arbeitertum“ vom 15. Mai d. J. schreibt:

„Nicht die Gewerkschaften werden abgeschafft, diese werden Staatsorgane.“

Damit ist klar ausgesprochen, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung als Organ der Volkswirtschaft verlieren und als Organ eines nationalsozialistischen Staates diesem und nicht in erster Linie der Arbeiterchaft dienen sollen. Um das zu erreichen, wird der Kampf zunächst gegen die Gewerkschaften geführt. Im letzten Geheimrundschriftchen der N.S.D.A.P. „Gegen Betriebsmarginalismus“, wird der Kampf gegen die Gewerkschaften offen ausgesprochen. Es heißt da:

„In welcher Gestalt uns der Feind entgegentritt, ob R.D., R.S.D. oder sozialdemokratischen und die in ihrem Schlepptau befindlichen halbmarxistischen christlichen Gewerkschaften, unser Kampf gilt allen diesen Gebilden.“

Wenn der Kampf erfolgreich gewesen ist, dann kann das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter beseitigt werden, wie Dr. Alfred Pfaff in der Broschüre „Der Wirtschaftsaufbau im dritten Reich“ empfiehlt: Es wird in der Wirtschaft das Kammerwesen durchzuführen. Die Wirtschaft wird in fünf große Wirtschaftszustände gegliedert. Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Gewerbe, Handel und freie Berufe bilden je einen Stand. Der Stand bildet man Berufs- oder Fachkammern, bezirklich die Ständekammern, die ihre Besetzung durch Vertreter aus den Berufskammern erhalten. Allen übergeordnet steht der Reichswirtschaftsrat, in den die einzelnen Berufe ihre Vertreter aus den Ständekammern entsenden.

Über die Aufgaben dieser Kammern sich zu verbreiten, ist überflüssig. Es genügt die Feststellung, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft auf die Zusammenfassung der Kammern wahrnehmlich wenig oder gar keinen Einfluß haben wird. Gewiß werden Betriebsräte beibehalten, denen auch das Recht zustehen soll, die Wahlen für die Vertreter in der Kammer der wirtschaftlichen Ortsgruppe durchzuführen (örtl. Berufskammern). Hierbei soll auch auf die Zahlengleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Rücksicht genommen werden. Es finden jedoch keine Abstimmungen statt, weder im Betriebsrat noch in der örtlichen Berufskammer.

Über die Qualität der Besetzung heißt es:

„Bei der überragenden Bedeutung, welche der Wirtschaft für die Erhaltung der körperlichen Kraft und Tüchtigkeit des Volkes zukommt, ist es somit von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß in allen Berufs- und Ständekammern nur die fähigsten und von Charakter und Art hervorragendsten deutschen Volksgenossen Aufnahme finden. Wer aber die Würdigsten hierzu sind, darüber sollen von Fall zu Fall jene entscheiden, die tagtäglich in engster Verbindung mit ihnen, Gelegenheit finden, sich ein begründetes Urteil hierüber zu bilden.“

Wir werden somit innerhalb jeden Betriebes einen Betriebsrat beibehalten, in welchem außer den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber vertreten sein müssen. Jeder in dem Werk arbeitende Beruf wird seine Vertreter in den Betriebsrat wählen, in gleicher Weise die Angestellten und die Arbeitgeber. Eine Parität in der Zahl kommt nicht in Betracht, und ebenso wenig können dort Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse erfolgen.“

Damit sind die Gefahren für die Arbeiterchaft ganz klar gekennzeichnet.

1. Im Betriebsrat können in der Mehrzahl Arbeitgeber und Angestellte sitzen, denn eine Parität kommt in der Zahl nicht in Betracht.
2. Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse kommen nicht in Frage, „es gibt also keine Abstimmungen.“
3. Die Auswahl der Vertreter für die Berufskammern erfolgt durch „jene“, die Gelegenheit haben, sich über den Einzelnen ein begründetes Urteil zu bilden, das sind die Betriebsleiter.
4. Die so Benannten werden dann von den Betriebsräten, in denen in der Mehrzahl Angestellte und Betriebsleiter, evtl. Betriebsinhaber, sitzen, gewählt.

Es heißt dann zum Schluß:

„In gleicher Weise werden in der wirtschaftlichen Ortsgruppe Bezirkskammern und dort die Wahlen für die Ständekammern der Wirtschaftszustände und in diesen endlich die Wahlen für einen Teil der im Reichswirtschaftsrat vereinigten Persönlichkeiten vorgenommen.“

Unter dem Deckmantel einer Scheindemokratie empfehlte man hier der Arbeiterchaft ein System, bei dem sie schuklos einmal einer bestimmten Parteidiktatur, zum anderen aber auch einer gewissenlosen Korruption im Betriebe ausgeliefert ist.

Stärker tritt auch wieder

der Kampf um den Arbeitsplatz in den Vordergrund. Immer größer wird die Gefahr, daß der amtlichen Arbeitsvermittlung ihre Aufgaben aus

der Hand genommen und die Entlassung oder Einstellung von Arbeitskräften von der politischen Ueberzeugung des Einzelnen abhängig gemacht wird.

Bereits im Monat Dezember 1930 hat die Kreisleitung der N.S.D.A.P. von Groß-Frankfurt in ihren Richtlinien die Aufgaben für die Betriebsfunktionäre umrissen und darunter als eine besondere Aufgabe folgendes herausgehoben:

„Im übrigen erfordert selbstverständliche nationalsozialistische Solidarität, mit allen Kräften unseren Parteigenossen zu helfen, wieder zu Arbeit und Brot zu kommen.“

In den weiteren Anweisungen werden dann die Wege gezeigt, wie das zu geschehen hat, nämlich auf dem Wege der „Zufälligkeiten“.

Noch einen Schritt weiter geht der „Besideutsche Beobachter“ in seiner Anweisung an die zukünftigen Betriebsräte vom 8. Januar 1931, worin er schreibt:

„Entlassungen, die wegen Arbeitsmangel erfolgen, stimme grundsätzlich nicht zu. Ist jedoch der Entlassene oder der zur Entlassung Vorgesehene offener Bekannter und Verteidiger der Erfüllungspolitik oder als Mitglied der Jungparteien tatsächlich bekannt, dann hat er seine Entlassung mitverschuldet, und daher stimme in solchen Fällen der Entlassung unter Abgabe einer entsprechenden Erklärung zu.“

Sier wird also der praktische Weg für die „Freimachung von Arbeitsplätzen“ gezeigt, bei deren Wiederbesetzung durch Nationalsozialisten die nationalsozialistischen Betriebsräte behilflich sein sollen.

Auch aus neuerer Zeit haben wir wieder einige Dokumente ähnlicher Art. Das Geheimrundschriftchen der Hauptleitung der N.S.D.A.P. vom Mai d. J. (das aller-

dings von ihr verleugnet wird) fordert die nationalsozialistischen Betriebsräte auf, erwerbslose Parteigenossen in die Betriebe zu bringen und Arbeitsplätze dadurch freizumachen, daß die Herren Parteigenossen Arbeitgeber „dauernd auf dem laufenden gehalten werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach gefäubert werden und eine große Zahl unserer Parteigenossen in den Betrieben Arbeit findet.“

Die Betriebszellen-Abteilung der Ortsgruppe Bremen der N.S.D.A.P. wendet sich in einem streng vertraulichen Schreiben E I im Februar d. J. direkt an die Arbeitgeber mit der Bitte, sie im Entscheidungskampf zwischen Marxismus und Nationalsozialismus dadurch zu unterstützen, daß sie nur noch „nationale Arbeitskräfte“ einstellen und beschäftigen und die bereits dort Tätigen vor dem Terror von links schützen. „Arbeiter, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, dürfen den deutschen Arbeitern nicht das Brot im deutschen Vaterlande schmälern.“ So heißt es wirklich in dem Anschreiben an die Arbeitgeber. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß dabei zwischen sozialistischen und christlichen Gewerkschaften kein Unterschied gemacht wird. Jener Kampf gegen die Gewerkschaften richtet sich darum auch gegen uns.

Unsere Betriebsräte werden deshalb alle Mittel, die ihnen zu Gebote stehen, anwenden müssen, um Mißbrauch bei der Wiedereinstellung von Arbeitskräften und eine Benachteiligung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft zu verhindern.

Um diese Gefahren zu verhüten, gibt es für unsere Mitglieder nur eine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die unorganisierte Arbeiterchaft ausgerüttelt und als Mitglieder unserem Verbandszugeführt wird. F. M.

Sozialversicherung in Gefahr!

Zu den schärfsten Gegnern der staatlichen Sozialpolitik gehören von jeher weite Kreise der Industrie und der Großhandwirtschaft. Wiederholt haben wir in unserer Zeitung auf die antisozialen Bestrebungen dieser Kreise hingewiesen. In Wort und Schrift ist jahrelang ganz systematisch auf den Abbau der sozialen Belange der Arbeitnehmer hingearbeitet worden. „Reform der Sozialversicherung“, sagte man und meinte dabei den Abbau derselben. Ebenso sprach man von „elastischen Lohnsätzen“ und meinte dabei den Abbau des staatlichen Schlichtungswesens. Nun hat sich nach dem Sturz der Regierung Brüning eine neue Regierung gebildet, die gerade aus jenen Kreisen zusammengesetzt ist, die bisher den Abbau der staatlichen Sozialpolitik forderten. Industrie- und Agrarvertreter befinden sich in derselben in genügender Anzahl. Dagegen sucht man in ihr vergebens die Vertreter des größten Teiles des deutschen Volkes, der Arbeitnehmererschaft. Dafür sind der Adel und die Militärs in diesem Kabinett umso stärker. Schon allein diese Zusammenfassung ist Grund genug, für die deutsche Sozialversicherung in nächster Zeit das Schlimmste zu befürchten.

Die Tatsache, daß sich gegenwärtig einzelne Versicherungssträger auf Grund der lang anhaltenden schweren Wirtschaftskrise in großer Bedrängnis befinden, hatte bereits die zurückgetretene Regierung veranlaßt, ein Programm aufzustellen, welches die Sanierung dieser Versicherungen in die Wege leiten sollte. Als Grundlage dieses Sanierungswerkes diente die Heranziehung aller noch Beschäftigten. Nach Zeitungsmeldungen ist dieser Plan von der neuen Regierung aufgegeben worden. Die Sanierung soll jetzt in der Weise erfolgen, daß man lediglich die Leistungen kürzen und die Arbeitslosenversicherung mit der Fürsorge zusammenlegen will. So soll die Arbeiterchaft zu der schweren Bürde, mit der sie bereits bepackt ist, noch weitere Lasten hinzu bekommen. Einseitig soll sie bekapet und enteignet werden.

Daß der Wegfall der Arbeitslosenversicherung gegenüber dem Beitrag zahlenden Versicherten eine außerordentliche Härte darstellt, wird auch in Nichtarbeitnehmerkreisen zugegeben. So schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 2. Juli 1932: „Zweifellos ist es eine außerordentliche Härte, wenn Arbeitnehmer, die jahrelang ihre Beiträge entrichtet haben, im Falle der Erwerbslosigkeit sofort auf die Fürsorge angewiesen werden.“ Aber die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zieht aus dieser Erkenntnis nicht die richtige Schlussfolgerung, denn diese könnte doch nur die sein, die außerordentliche Härte gegen die Arbeitnehmer nicht anzuwenden. Statt dessen macht sie den Vorschlag, den Rechtsanspruch der Versicherten bestehen zu lassen, ihn aber im Augenblick des Versicherungsfalles, wenn keine Bedürftigkeit vorliegt, nicht zu realisieren. Dafür soll dem Versicherten der Anspruch in einer Schuldverschreibung gutgeschrieben werden, so daß er nach einer Besserung der Wirtschaftslage eingelöst werden kann. Man schlägt also vor, dem Versicherten statt seiner Unterstützung einen „Wechsel auf die Zukunft“ auszustellen.

Dieser Vorschlag zeugt zweifellos von der großen Ratlosigkeit und Unkenntnis, mit der man in weiten Kreisen das Arbeitslosenproblem behandelt. Tatsache ist, daß die Lohnpolitik der Unternehmer in jüngster Vergangenheit auch den vollbeschäftigten Arbeiter nicht zu Erspatnissen kommen ließ. Der Wechsel auf die Zukunft nützt ihm deshalb nichts. Weiter ist dieser Vorschlag ein Beweis dafür, daß man unter allen Umständen die Ar-

beitslosenversicherung beseitigen will und die Hoffnung hegt, in der neuen Regierung ein milliges Werkzeug für diesen Plan zu haben.

Für diese Auffassung spricht auch der Leitartikel in Nr. 129 der „Textilzeitung“ vom 5. Juni 1932. In demselben heißt es unter anderem: „Wenn jede Regierung bis zu diesem Tage davon ausgegangen ist, an den Grundbedingungen der sozialen Staatsverpflichtungen festzuhalten und sie höchstens von Fall zu Fall in Kleinigkeiten an die veränderten Verhältnisse anzupassen, so sind die Dinge heute dort angelangt, wo sie vielleicht nur durch einen auch persönlichen Kurswechsel geändert werden konnten.“ Hier wird ganz klar ausgesprochen, daß man von dem persönlichen Kurswechsel eine Veränderung der sozialen Staatsverpflichtungen — einfacher ausgedrückt: Abbau der Sozialversicherung — erwartet.

Wenn man sich die Erklärung der neuen Regierung, mit der sie an die Öffentlichkeit getreten ist, ansieht, so kann man jene Hoffnungen der Reaktion verstehen. In dieser Erklärung heißt es an einer Stelle: „Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“ Mit diesen Ausführungen ist klar erwiesen, was die Arbeiterchaft von dem „persönlichen Kurswechsel“ zu erwarten hat. Es spricht aus dieser Erklärung der Geist rückständigster Reaktion.

Die deutsche Sozialversicherung ist weitgehend gefährdet. Es wird der neuen Regierung nicht schwer sein, auf Grund der angespannten Lage einzelner Versicherungssträger den Nachweis zu führen, daß „reformiert“ werden muß. Ob diese Reformen allerdings vor den Reichstagswahlen erfolgen werden, erscheint uns zweifelhaft. Man wird sich jedenfalls bis dahin nicht mit Maßnahmen belasten, welche die große Wählermasse erheblich in ihren Rechten beschränken. Erst wenn der neue Reichstag gewählt sein wird, dürfte die Bahn frei sein für all die Reformen, die von der Reaktion stürmisch gefordert werden.

In der deutschen Republik war die Situation für die Arbeiterchaft nie so bedrohlich wie gegenwärtig. Rechte, erworben in langen Jahren unter Beitragszwang, sollen einfach ausgelöscht werden. Man sagt, die soziale Belastung der Wirtschaft sei untragbar geworden. Sie verschulde in hohem Maße mit das Darunterliegenden der Produktion. Gewiß, der Wirtschaft geht es schlecht. Das sei unbestritten. Doch, wahre Volksgemeinschaft, die man predigt, erfordert in möglichst gleichmäßiges Tragen der Lasten. Wo sind aber die Vertreter der Wirtschaft, die bereit wären, an der Last des Volkes persönlichen Anteil zu nehmen? Stehen ihre Bezüge nicht auch heute noch in krassem Gegensatz zu der eingestumpften Arbeiterchaft? Und ist es etwa in der Verwaltung anders? Werden nicht auch dort noch trotz der unlagbar schweren Opfer breiter Volksschichten Gehälter gezahlt, die mit diesen Opfern absolut nicht zu vereinbaren sind? Solange derartige Gegensätze fortbestehen, solange man nicht daran denkt, sie unmöglich zu machen, kann von der Arbeiterchaft kein Mensch verlangen, daß sie Bezüge leistet auf ihre, unter harten Opfern erworbenen Rechte. Für die Erhaltung dieser Rechte wird die deutsche Arbeiterchaft, wenn es nottut, zu kämpfen wissen. Das möge auch die neue Regierung bei ihren zu treffenden Maßnahmen in Rechnung stellen. R. W.

Doch ein Arbeitsminister?

Wir sind in der letzten Nummer unserer Zeitung auf die Frage der Neubefetzung des Arbeitsministeriums bezw. dessen erstrebten Angliederung an das Wirtschaftsministerium eingegangen. Offenbar sind dem neuen Kabinett nach dieser Richtung hin ernste Bedenken gekommen, so prompt den Wünschen jener Kreise, die bekanntlich auf eine Beseitigung des Arbeitsministeriums überhaupt hinarbeiten, zu entsprechen. So ist nach verschiedenen vergeblichen Versuchen schließlich der bisherige Präsident des

Reichsversicherungsamtes Schaeffer zum Reichsarbeitsminister bestellt worden.

Man kann aus der Tatsache, daß mit der Leitung des Arbeitsministeriums eine Persönlichkeit betraut wurde, die aus dem staatlichen Verwaltungsdienst kommt, wohl die Schlussfolgerung ziehen, daß es der neuen Regierung mehr darum zu tun ist, einen Verwaltungsmann für das Ressort des Arbeitsministeriums, nicht aber einen mit eigener Initiative betrauten Arbeitsminister zu haben. Die ausgesprochenen Bedenken hinsichtlich der künftigen Tendenz unserer Sozialpolitik bleiben damit bestehen.

Verhandlungen in der Krefelder Seidenindustrie wiederum ergebnislos

Auf Einladung des amtlichen Schlichtungsausschusses fanden für die Krefelder Seidenindustrie am 8. Juni erneute Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber hielten starr an ihren Forderungen, die eine ganz erhebliche Lohnsenkung und Verschlechterung des Manteltarifcs vorsehen, fest. Im Verlauf der Verhandlungen trat deutlich zutage, daß der Vorsitzende gewillt war, wenigstens grundsätzlich den Forderungen der Unternehmer Rechnung zu tragen. Die Gewerkschaften lehnten entschieden ab, weitere Lohnkürzungen in Kauf zu nehmen. Eine Einigung wurde nicht erzielt und die weiteren Verhandlungen auf den 18. Juni vertagt.

Tarifverhandlungen für Sorau

Am 7. Juni fanden vor dem Schlichter in Berlin Verhandlungen über die Erneuerung des Manteltarifvertrages für die Sorauer Textilindustrie statt. Ueber die wichtigsten Punkte, Urlaub, Lohnverwirklichungsklausel, Schichtwechsel, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Verhandlungen wurden deshalb ergebnislos aufgehoben.

Schiedspruch für die Textilindustrie Württemberg

Am 3. Juni wurde für die württembergische Textilindustrie ein Schiedspruch gefällt, der die alten Löhne bis zum 31. 7. d. J. verlängert. Zu diesem Termin kann das neue Abkommen mit dreimonatiger Frist gekündigt werden.

Konferenz der Vertrauensleute für die Geschäftsstelle Ettlingen

Die Geschäftsstellenleitung Ettlingen hatte auf den 22. Mai die Funktionäre des Verbandes vom Abt. Adertal und Neckartal zu der diesjährigen Frühjahrskonferenz in das Schloss „Zum Adler“ in Speyer einberufen. Trotz sonstiger gleichzeitig stattgefundenen anderen Veranstaltungen war die Konferenz außerordentlich gut besucht. Es waren sämtliche Ortsgruppen vertreten. Anwesend waren 28 Personen.

Der Vorsitzende, Geschäftsführer Kollege Durst (Ettlingen) eröffnete um 3 Uhr die Konferenz mit kurzen Begrüßungsworten. Ein behagliches Willkommen erteilte er dem Hauptkassierer des Verbandes, Kollegen Dünnleder aus Düsseldorf, dem Bezirksleiter, Kollegen Kümmele aus Freiburg, sowie dem früheren Geschäftsführer, Redakteur Engelmann, Ettlingen. Nach Erleuchtung verschiedener gefälliger Angelegenheiten gab der Kollege Durst einen eingehenden Bericht über das erste Quartal. Neben den stattgefundenen Lohnverhandlungen für Baden, den Sonderverhandlungen für die Seidenfabrik Hirschhorn war die Tätigkeit ausgefüllt mit Verhandlungen und Sitzungen aller Art. Die Zahl der Verhandlungen, Versammlungen und Sitzungen betrug 81. Aushänge wurden verteilt 160, Schriftsätze wurden 63 angefertigt und Termine wahrgenommen 27. Der Vereinerfolg betrug im Quartal rund 85 000 M. Hierin eingerechnet ist die von dem Geschäftsführer Kollegen Durst durchgeführte Aufwertungsklage der Wärräpfer bei der Spinnerei und Weberei Arlen bei Singen a. S. mit einem Vereinerfolg von rund 80 000 M. Dieser Prozeß hat den Beweis erbracht, daß auch in der heutigen Zeit noch große Erfolge der Gewerkschaften für ihre Mitglieder errungen werden können.

Zu Punkt 2 gab der Kollege Dünnleder den Bericht über die Entwicklung des Verbandes. Wie bei allen Gewerkschaften, so ist die Krise auch an unserem Verband nicht spurlos vorübergegangen. Durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zeigt sich ein Rückgang der Mitgliederzahlen sowie ein Sinken der Einnahmen, denen größere Ausgaben, besonders an Arbeitslosenunterstützung, gegenüberstehen. Durch Sparmaßnahmen auf allen Gebieten konnten diese Einnahmeverluste zum größten Teil wieder ausgeglichen werden. Pflicht sowohl der Mitglieder als auch der Verbandsleitung sei es, den Verband schlagkräftig über die Krise hinwegzubringen, damit er, wenn sich die Wirtschaftskurve wieder aufwärts bewegt, seinen Aufgaben gewachsen zeige. Die Ausführungen des Kollegen Dünnleder wurden allseits mit regem Interesse verfolgt und fanden lebhaften Beifall.

In einer lebhaften Diskussion fanden die Darlegungen des Kollegen Dünnleder ihren Widerhall. Man war sich einig darüber, daß starke Gewerkschaften unbedingt erforderlich seien, um die Arbeiterklasse vor weiterer Entrechtung zu schützen. Auch über die Aufgaben in diesem Sinne war sich die Konferenz einig.

Hierauf nahm der Bezirksleiter, Kollege Kümmele, das Wort zu Ausführungen über die Lohnpolitik des Verbandes in Baden. Ausgehend vom ersten Lohnvertrag nach der Inflation legte er dar, wie die Textilindustrie in den vergangenen Jahren sich immer wieder und immer in verstärktem Ausmaße gegen gerechte Löhne auch in guten Zeiten zur Wehr gesetzt hätten. Obwohl bereits letztes Jahr und auch in diesem Jahre schon ganz wesentliche Lohnüberabsetzungen in der badischen Textilindustrie erfolgt sind, hat sich eine Vebelung der Wirtschaft nicht im geringsten gezeigt. Damit ist bewiesen, daß mit Lohnüberabsetzungen allein der Industrie nicht gedient ist. Wenn nun durch Schiedspruch vom 3. Mai d. J. die Textilarbeiterlöhne in Baden trotzdem wieder um 2 Proz. pro Stunde gesenkt wurden, so ist dies einfach nicht mehr zu verstehen. Man muß sich auch auf Seiten der staatlichen Schlichtungsinstanzen endlich davon überzeugen, daß all diese Maßnahmen nichts mehr mit der Wirtschaftsbildung zu tun haben und daß die staatlichen Behörden nicht ausschließlich zur Lohnsenkungsmaschine werden dürfen. Wenn auch die Gefahr eines tariflosen Zustandes nicht unerwähnt werden darf, so werden die Gewerkschaften doch aus demselben Grund, um die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches nicht Laß nehmen zu lassen.

In der Aussprache, an der sich vor allem auch die Betriebsräte beteiligten, wurden die Ausführungen des Kollegen Kümmele gebilligt. Die derzeitige partielle Lohn-

politik, besonders gegenüber der badischen Textilindustrie, wurde beleuchtet und scharf kritisiert. Wochenlöhne von 10 und 15 M. können unter keinen Umständen mehr gekürzt werden. Gegenstand der Diskussion waren vor allem auch die geplanten Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung. Würden diese Pläne durchgeführt werden, so hätte die Versicherung für die Arbeiter vom Lande fast keine praktische Bedeutung mehr. Erregt war die Stimmung besonders auch über das Verhalten der Arbeitsämter bei der Bedürftigkeitsprüfung und bei der Gewährung der Krisenunterstützung. Die Borenthaltung der Krisenunterstützung bedeutet nichts anderes, als daß man die erwerbslosen Textilarbeiter des Abtals dem Hunger ausliefert, da die Gemeinden zur Zahlung von Wohlfahrtsunterstützung nicht in der Lage sind, weil ihnen keinerlei Mittel zur Verfügung stehen. Hilfe ist dringend notwendig, soll die Arbeiterklasse nicht vollends dem Radikalismus ausgeliefert werden. Weiter kamen noch verschiedene betriebliche Angelegenheiten, wie Akkordfragen und Betriebsbeschränkung, zur Verhandlung, über deren Regelung die Betriebsräte eingehend berichteten.

Nach einem kurzen Dankeswort an alle Anwesenden durch den Vorsitzenden und mit der Bitte um weitere Mitarbeit und gegenseitige Aufklärung fand die Konferenz um 7 Uhr ihren Abschluß.

Bodenreformtag in Danzig

Unter stärkster Beteiligung fand der 31. Bundestag der Deutschen Bodenreformer in Danzig statt. Dr. Damaschke wurde einstimmig unter starkem Beifall zum Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Die Wahlen zum Bundesvorstand brachten u. a. die Nennwahl von Prof. Dr. Brauer, Prof. Folkers, Geheimrat Pauly, Senatspräsident Spittel, W. d. L., Felice Weijel und Frau Wegscheider. Die Fülle der Begrüßungen durch Vertreter des Senats von Danzig, der Reichsregierung, der Vertreter der Kirchen, der Beamten-, Arbeiter- und Angestelltenverbände, der Kleinrentner, Mieter, der deutschen Jugend zeigte, wie die Bodenreform zu einer wahren Volksbewegung geworden ist. Der Vortrag von Damaschke über „Arbeit und Aufgaben des Bundes“ gab ein eindrucksvolles Bild von der Größe und Aufgabe der Bodenreform. Prof. Fuhagen, der Leiter des Ost-Europa-Institutes, Breslau, sprach über „Die russische Agrarrevolution und ihre Lehren für die deutsche Landwirtschaft“. Die Stalinsche Politik bedeutet die völlige Sozialisierung der Landwirtschaft. Der Erfolg ist vollständig ausgeblieben. Auf dem Lande herrscht Unterernährung, und in weiten Gebieten Hungersnot. Die Stalinsche Politik mit ihrem Zwangscharakter, ihrem Terror und dem Versuch, das Familienleben der Bauern zu zerstören, sei für Deutschland untragbar. Der deutsche Bauer müsse auf seiner Scholle frei schalten können. Ein festes, privates Recht mit der notwendigen Umgestaltung nach bodenreformatorischen Grundgedanken bietet die beste Gewähr für die Zukunftsentwicklung der deutschen Landwirtschaft.

Der Vortrag von Damaschke über „Bodenreform und Landwirtschaft, die Finanzwirtschaft und ihre Überwindung“ fand mit Recht starken Beifall. Ohne Befundung der Landwirtschaft sei ein dauernder Aufstieg unseres Volkes nicht möglich. Die heutige Not, unter der die Landwirtschaft leidet — betrage doch die Verdrängung bereits mehr als 12 000 Millionen Mark —, sei auf Grund des bestehenden alten Bodenrechts geworden. Eine gesetzliche Überwindung sei nur möglich durch eine Danzigung der in dem Bodenreformartikel 155 der Verfassung geforderten Wirtschaftshilfspläne. Diese Wirtschaftshilfspläne schützen jeden Besitzer vor der Zwangsversteigerung. Kein schaffender Bauer kann so von seiner Scholle vertrieben werden. Die grundlegende Reform kommt, weil sie kommen muß. Senator Dr. Althoff-Danzig sprach über die erfolgreiche Heimstättenpolitik dieser deutschen Stadt. Er könne sich keinen Stadtbaurat denken, der nicht zugleich ein überzeugter Bodenreformer sei.

Ueber die „Aushauheimpflicht“ und ihre Finanzierung sprachen Johannes Lubahn-Berlin und Justizrat Dr. Lierz-Düsseldorf. Dieser neue Plan gibt einen bedeutsamen Beitrag zur Frage dauernder Arbeitsbeschaffung. Der Heimstättengarten soll wirtschaftlich einen Ersatz für ausfallende Lohnarbeit bei Verzögerung der Arbeitszeit bieten. Die schnell entstehenden Aushauheimpflichten bewirken eine Befreiung unseres Volkes aus der Finanzgebundenheit. Gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit ist die Bodenreform die starke Hoffnung von Millionen deutscher Menschen. Nur deutsche Bodenreformer vermag dauernd deutsches Land deutschen Menschen zu erhalten. Sie ist die Voraussetzung für die Erneuerung der Nation, für einen gesunden Neuanfang unseres Volkes. Die Bodenreformer unter Führung Damaschkes dürfen hoffen, daß das Echo und die Wirkung ihrer so stark beachteten Danziger Tagung eine sehr nachhaltige sein wird, zum Segen unseres ganzen Volkes!

Aus der Jugendbewegung

Uebergabe des Bezirkswimpels an die weibliche Jugendgruppe Emsdetten.

In einer schönen Familienfeier hatte die Ortsgruppe Emsdetten ihre Mitglieder am 21. Mai 1932 eingeladen. Es war eine Feier ganz besonderer Art. Sie galt der weiblichen Jugendgruppe, denn ihr sollte der Bezirkswimpel überreicht werden. Die Vorsitzende der Gruppe eröffnete gegen 8 Uhr die zahlreich besetzte Versammlung. Sie begrüßte alle Erschienenen, besonders aber die Kollegin Rüper aus Münster und die weiblichen Jugendgruppen aus Greven und Rheine. Sie gab ihrer Freude Ausdruck, daß es der weiblichen Jugendgruppe gelungen sei, im verflochtenen Jahre 47 Neuanfragen unserer Verbände zuzuführen und ferner alle Anstehenden auf, ganz besonders jetzt in der Kleinarbeit nicht zu erlahmen.

Nachdem dann die Kollegin Hüppe den Prolog „Jugend“ sehr wirkungsvoll vorgetragen hatte, nahm die Kollegin Rüper das Wort. Sie ging aus von der Schöpfung und dem besonderen Zweck einer Familienfeier. Gerade jetzt, wo so viel Not und Sorgen das Glück so vieler Arbeiterfamilien zu zerstören suchen, sei es besonders angebracht, solche Familienfeiern zu veranstalten, weil doch gemeinsame gelagerte Not und Sorge sich leichter überwinden läßt. Wir als Gewerkschafter haben heute viele offene, aber auch geheime Gegner. Viele Gemeinheitsfeinde der letzten Jahre haben wir überwunden und manche Opfer sind von unserer deutschen Arbeiterklasse gebracht worden. Wir sind auch fernerhin bereit, Opfer zu bringen, aber nur dann, wenn alle Schichten des Volkes nach Kräften zur Förderung der sozialistischen Arbeit beitragen. Die Arbeiterklasse ist aber nicht gewillt, die in den letzten 30 Jahren mühsam errungenen Rechte jetzt preiszugeben. Die Rednerin legte dann die Verbandspläne dar und die einzelnen Bestanden des Wimpels dar und sprach der weiblichen Jugendgruppe. — Emsdetten zu den 47 Neuanfragen unter Uebergabe des Bezirkswimpels ihren herzlichsten Glückwunsch aus.

Die Gruppenmitglieder nahmen mit lauten Lobesworten den Wimpel in Empfang und gelobten, auch fernerhin tatkräftig in der Arbeiterbewegung tätig zu sein. Sie sangen alsdann gemeinsam das Lied: „Wenn alle unter uns werden, so bleiben wir doch treu“. Die Kollegin Willmann überreichte der Gastgeberin

Gruppe im Namen der Greverer Ortsgruppe die besten Glückwünsche für die Erreichung des Wimpels.

Im zweiten Teil des Abends kam die gesellige Unterhaltung zu ihrem Rechte. Einige schöne, kunstvolle Theaterstücke und Volkstänze fanden lebhaften Beifall und erzeugten bald eine frohe, lustige Stimmung. Schöne gemeinschaftlich gesungene Lieder füllten die Pausen aus und weckten in allen das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Besonders wirkungsvoll wurde der Schluß des Abends durch die Aufführung „Das deutsche Volkslied“.

Diese Veranstaltung hat nicht nur alle ein paar frohe, vergnügte Stunden erleben lassen, sie hat auch zu uns jungen Gruppenmitgliedern gesprochen von weiterer tatkräftiger Gewerkschaftsarbeit. Wir wollen als echte Gewerkschaftsmitglieder den Wimpel immer freudig vorantreiben, er soll uns allen immer wieder zu recht eifriger Verarbeitung begeistern, damit er recht lange im Besitze der Emsdettener Gruppe bleibe!

Pfingstwanderung der christlichen Textilarbeiterjugend Vörsach.

Der Frühling mit seinem Grünen und Blauen, mit seinem Bonnemontat hat auch die weibliche Jugendgruppe Vörsach des christlichen Textilarbeiterverbandes nicht ruhen und ruhen. Die Folge der 14täglichen Versammlungen sollte einmal unterbrochen werden durch eine große Wanderung.

Pfingsten, das Fest der Freude, war dazu ausersehen worden. Fast schien es, als sollte die Freude darauf im Dauerregen der letzten Woche ertränkt werden, bis siehhaft die Sonne ein frohes Pfingstfest verkündete. So konnten die Rucksäcke gepackt und unter Führung der Kollegin E. Weigner und des Jugendleiters Koll. Strittmayer Samstag mittags um 3,45 Uhr die Fahrt nach Wehr angetreten werden. Bei strahlendem Sonnenschein, die Herzen voll Freude, ging's von dannen hinein ins schöne romantische Wehratal mit seiner Felsenklucht, seinen Tannen und Auen und seinem rauschenden Fluß. Nach kurzer Fahrt beim Straßentunnel, wobei der Felsenquell willkommene Erfrischung bot, ging der Marsch weiter nach Todtmoos, das in der Abenddämmerung erreicht wurde. Mit Sang und Spiel wurde, geführt von den zwei flatternden Wimpeln, in den lieblichen Waldfahrtsort einmarschiert und das Ziel des Samstags damit erreicht. Für die Nacht bot das Hotel zur „Krone“ gute Unterkunft. Die freundliche Aufnahme und billige Bewirtung fand lobende Anerkennung.

Nach erfüllter Christenpflicht in der Wallfahrtskirche und dem Frühstück wurde am Sonntag morgen der Weitermarsch über die Jochhöhe nach St. Blasien angetreten. Es war ein wundervolles Wandern über die waldigen Höhen mit dem Blick in die Ferne und in die Täler. Hellen Jubel löste es aus, als wir beim Jocher Kreuz in der Sonnenhitze noch Schnee fanden. Selbstverständlich war Schneeballmachen die Lösung. Doch bald mußten wir weiter. Nach nochmaliger Rast erreichten wir gegen 11,30 Uhr St. Blasien. Unter den schneidigen Klängen unserer treuen Musik in Gestalt eines „Manfardenklanters“ mit einem frohen Lied auf den Lippen zogen wir ein. „Die Fenster auf, die Herzen auf,“ so konnte man mit Recht sagen, denn überall, wo wir vorbeizogen, gab's ein großes Grüßen und Winken aus den Häusern, Gärten und Autos. Es schien, als ob die Pfingstsonne die Herzen alle froh gemacht hätte. Auch unser Gruppenwimpel mit dem Stadtwappen und Verbandszeichen und der Bezirkswanderwimpel fanden viel Beachtung. Die Besichtigung der imposanten Ruppelklippe und der Marsch durch St. Blasien zeigte uns die Schönheit des Kurortes. Doch nur zu schnell mußte der Weitermarsch angetreten werden. Er führte durch das schöne Abtal nach dem herrlich gelegenen Jugendheim Stieg bei Unteralfpen. Unbarmherzig heiß brannte dabei die Sonne, und so waren alle froh, als gegen 4 Uhr das Ziel erreicht war. Nach dem herrlichen Willkommengruß durch die ehern. Schwestern und nach einer kleinen Stärkung fanden wir uns auf der Wiese am Waldrand ein, um uns von den Strapazen zu erholen. Auch Scherz und Schalk waren dabei reichlich vorhanden. Die frohe Stimmung aber erreichte ihren Höhepunkt nach dem sehr guten Ernste und heitere Gedichte und Lieder wechselten miteinander ab. Eine köstliche Fülle von Humor boten die lustigen Vorträge der Kollegin Anna Wüml, die auch auf der ganzen Wanderung in gewohnter Weise viel zur Erheiterung beitrug. Nur zu rasch war es Zeit zum Bettgehen und zu rasch auch wieder Morgen. Bei der Morgenmesse in der Hauskapelle verschönerten die Kolleginnen durch ihre Gesänge die hl. Feier. Fröhlich, frohe Spiele, Lager und Abkochen im Freien waren die weiteren Tageszeiten.

Als um 2,30 Uhr vom Jugendheim Abschied genommen werden mußte, da hieß es bei allen: Ach, wie schade, daß die schöne Zeit schon wieder vorbei ist. Doch es mußte geschehen sein. Das Rufen „Auf Wiedersehen“ und das Winken wollte kein Ende nehmen.

Der Heimweg führte uns nun über Unteralfpen und Tiefenstein durch das herrliche Abtal mit seiner Schlucht, seinen Felsenpyramiden und Tunneln. Bald war Albrück erreicht, und nun führte uns der Zug wieder zurück nach Vörsach.

Herrliche Sonnentage in Gottes Natur, Tage voll Freude über unsere schöne Heimat haben wir erlebt. Sie werden noch lange den Alltag mit seinen Maschinen und der Not überfrachten.

Die Pflege des Gemeinschaftsgeistes, wie sie dabei geübt wurde, wird noch lange ihre Früchte tragen, und macht so die Wanderung auch zu einem vollen Erfolg für die Führung. Str.

Bekanntmachungen

Hauptvorstand und Verbandsauschuß haben am 5. Juni 1932 neue Unterstützungsbestimmungen beschlossen, welche am 1. Juli 1932 in Kraft treten. Ueber die Änderungen werden die Ortsgruppenkassierer durch die zuständigen Geschäftsführer verständigt.

Der Hauptvorstand.

Am Schluß des II. Quartals (26. Woche) wird die Farbe der Beitragsmarken gewechselt. Sämtliche Uebertragungsmarken müssen an die Hauptkasse zurückgeschickt werden. Die neuen Marken werden den Ortsgruppen ohne Bestellung rechtzeitig zugestellt.

Abt. Hauptkasse.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: „Kurswechsel“ — Textilarbeiter, schließt die Reihen! — Gegen jede Klassenherrschaft! — Staatssozialismus — In die christliche Arbeiterklasse! — Wohlfahrtsanstalt für wen? — Systemänderung? — Sozialversicherung in Wehr! — Doch ein Arbeitsminister? — Verhandlungen in der Krefelder Seidenindustrie wiederum ergebnislos. — Tarifverhandlungen für Sorau. — Schiedspruch für die Textilindustrie Württemberg. — Konferenz der Vertrauensleute für die Geschäftsstelle Ettlingen. — Bodenreformtag in Danzig. — Aus der Jugendbewegung. — Bekanntmachungen.

Schäftsleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Horststraße 2.